131

Einzelnummer 10 Pfennig

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

8. Jahrgang | Dresden, Sonnabend den 17. September 1932 | Nummer 212

Streikmobilmachung der Textilproleten vereitelt Lohnraubschiedsspruch

Für die westsächsische Textilindustrie „freiwillige Vereinbarung" mit den Gewerkschaften getroffen
Vor neuen Verhandlungen für Ostsachsen . Das Vorgehen in den einzelnen Branchen empfohlen

Steigert die Vereitschaft zum Kampf!

Dresden, 16. September 1932

In dem Lohnstreit der westsächsischen Textilindustrie ist nach mehrtägigen Verhandlungen unter Vorsitz des Landesschlichters heute, Freitag, eine freiwillige Vereinbarung zwischen den Parteien zustande gekommen, durch die die gekündigten Lohntarife mit einigen Abänderungen für gewisse Branchen für die Zeit vom 16. September bis 31. Januar 1933 wieder in Kraft gesetzt worden sind. Für eine Anzahl Branchen ist die Angelegenheit nochmals an die Parteien zu Verhandlungen binnen drei Wochen zurückgewiesen worden. Sollte wider Erwarten in diesen Branchen eine Einigung nicht zustande kommen, so geht die Sache an den Schlichter zur Entscheidung zurück.

In der ostsächsischen Textilindustrie sind Verhandlungen unter dem Vorsitz des Landesschlichters in Leipzig vorgesehen. Für das Thüringer Tarifgebiet finden Verhandlungen nächsten Montag statt.

Dieser Schiedsspruch ist einmal in der Spekulation auf die weitestgehenden Lohnraubmöglichkeiten durch das Inkrafttreten der Papenschen Notverordnung gefällt worden, die den einzelnen Unternehmern den betrieblichen Lohnraub genehmigt, zum anderen aber im Zeichen der Furcht vor der sofortigen Auslösung von Streiks in den Textilbetrieben, mit deren Möglichkeit die Unternehmer rechnen müssen, nachdem die Belegschaften unter Führung der RGO in weitestgehendem Maße mobilisiert sind.

Der Abschluß der freien Vereinbarungen ist ein Kennzeichen der Furcht der Textilindustriellen und der Gewerkschaftsbürokraten vor der Aufnahme des Kampfes durch die Textilarbeiter. Die Kampfmobilisierung durch die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition in der gesamten sächsischen Textilindustrie, die Vorbereitung der Kampfunterstützung durch die antifaschistische Solidaritätsaktion hat die Fällung des Hungerschiedsspruches verhindert.

Aber die Gefahr ist keineswegs vorüber. Die Unternehmer haben sich auf eine veränderte Taktik verlegt, um sich Möglichkeit unter Ausschaltung von Kämpfen das Ziel des Lohnabbaues zu erreichen. Jetzt soll der Vorstoß in den einzelnen Branchen beginnen und an Stelle des allgemeinen Angriffs ein schleppender Zermürbungsangriff in den einzelnen Branchen und Betrieben treten. Diese Durchführung des Lohnraubes soll in den nächsten drei Wochen erfolgen. Die Festsetzung neuer Schlichtungsverhandlungen nach drei Wochen signalisiert die Absicht. Was die Gewerkschaftsbürokraten mit den Unternehmern besprochen und was in der Schlichtungskammer festgelegt wurde, ist nichts anderes als die freiwillige Durchführung des Lohnabbaues, ist also der Versuch, den Lohnraub ohne Kämpfe zu erreichen.

Die Textilarbeiterschaft darf nicht nachlassen in ihrer Kampfbereitschaft. Es darf und wird der Zermürbungstaktik der Unternehmer nicht gelingen, die Kampfentschlossenheit der Textilarbeiter zu zerschlagen oder zu zersetzen.

Die Textilarbeiterschaft wird unter Führung der RGO ihre Kampfrüstungen steigern. Jetzt erst recht heißt es: Kampfbereit sein!

Jeder Lohnabbauangriff in jedem Betrieb muß mit dem Abwehrkampf beantwortet werden. Die gemeinsame Gegenwehr wird die Kampfkraft und die Kämpfe siegreich gestalten.

Die Textilarbeiter Ostsachsens müssen mit verstärkter Energie rüsten und durch höchste Wachsamkeit verhindern, daß sie von den Unternehmern und Gewerkschaftsbürokraten, die am Montag über dieses Tarifgebiet verhandeln, überrumpelt werden. Gesteigerte Kampfbereitschaft in allen Textilfabriken ist das Gebot der Stunde, entschlossener Wille jeden Lohnraubversuch mit dem Streik zu beantworten, zwingende Notwendigkeit. Macht alle Belegschaften kampfbereit. Wählt Kampfausschüsse da, wo noch keine bestehen, und baut die vorhandenen aus.

Kriegs- und Arbeitsopfer tagen

Heute und morgen tritt in Radeberg die Gautagung Sachsens des Internationalen Bundes der Kriegs- und Arbeitsopfer zusammen. Die Vertreter der Opfer des imperialistischen Krieges und der kapitalistischen Wirtschaft kommen zu einer Zeit zusammen, um wichtige Beschlüsse zum Kampf gegen die soziale Reaktion zu fassen, in der die Papenregierung im zweiten Teil der Wirtschaftsnotverordnung „sozialpolitische Maßnahmen" durchführt, die die letzten Reste der Sozialversicherung zertrümmern.

Die Papenregierung hat zwar davon abgesehen ihre sozialreaktionären Absichten, die sie unmittelbar verwirklichen will, näher zu konkretisieren, sie hat aber — und das ist das Wichtige und Bedeutsame in diesem Teil der Notverordnung — sich für alle nur erdenklichen Maßnahmen freie Hand verschafft.

Die Reichsregierung wird durch die Notverordnung beauftragt, d. h. sie beauftragt sich selbst

„im Hinblick auf die gegenwärtige Not des deutschen Volkes zur Erhaltung der sozialen Fürsorge (!!!) und zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen."

Zu diesem Zweck wird die Regierung in einem einzigen Paragraphen ermächtigt, auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung und des sozialen Rechts Abbau- und Abänderungsvorschriften zu erlassen, für die es weder im sozialen Unterstützungswesen (Sozialversicherung, Arbeitslosenversorgung, Kriegsopferversorgung) noch auf dem Gebiete des Sozial- und Arbeitsrechts (Betriebsrätegesetz, Arbeitsgerichtsgesetz, Arbeitsvertrag und Tarifwesen, Arbeitsschutz usw.) gesetzliche Grenzen oder Hindernisse gibt.

Angesichts der triumphierenden Sozialreaktion hat die Tagung des IB eine ungeheure Bedeutung für die Organisierung des Kampfes gegen die faschistische Bourgeoisie auf diesem wichtigen Frontabschnitt des Klassenkampfes der Arbeiterschaft.

Die Delegierten der Gautagung werden so wie bisher die entscheidenden Maßnahmen für die Eingliederung der Kriegs- und Arbeitsopfer in die Antifaschistische Aktion treffen und Beschlüsse fassen, die in der praktischen Konsequenz bedeuten, daß auch die Opfer des Kapitalismus mit aller Kraft gegen die Notverordnung, gegen die Papenregierung, für ein sozialistisches Deutschland kämpfen.

Arbeiter, auf die Posten zum Kampf gegen Notverordnung!

Unternehmer organisieren Lohnraub

Chemiekapital handelt nach der Devise: „Belegschaften nicht unnötig beunruhigen"

Ein Beispiel dafür, wie die Kapitalisten über die Milliardensubventionen des Staates hinaus ihren Profit durch beispiellosen Lohnraub erhöhen wollen, gibt ein Rundschreiben der sächsischen Sektion des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie, daß uns leider erst jetzt auf den Tisch flattert und folgenden Wortlaut hat:

Arbeitgeberverband der chemischen Industrie, Sektion Va, G. B. R; Schr. Nr. 43 — Leipzig C. 1, den 7. September 1932, Dessingstraße 14, ptr.

An unsere Mitgliedsfirmen!

Betrifft Notverordnung der Reichsregierung!

Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September 1932 und die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 liegen uns vor. Sie sind abgedruckt in den Reichsgesetzblättern 57/II und 58/1932.

Wie sich aus den Verordnungen und einem Eilrundschreiben unseres Gesamtverbandes ergibt, sind insbesondere auch zu der Verordnung vom 5. September 1932 noch Ausführungsvorschriften und Durchführungsbestimmungen des Reichsarbeitsministers Ende dieser Woche zu erwarten. Wie unsere Mitglieder bereits aus der Presse ersehen haben werden, finden aus diesem Anlaß heute noch Besprechungen der Referenten im Reichsarbeitsministerium mit den Arbeitgebervertretungen und morgen mit den Gewerkschaften statt. Außerdem haben unsere Spitzenverbände die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und der Gesamtverband bereits zu Besprechungen für Anfang nächster Woche eingeladen. Wir werden aus diesem Grunde erst in Laufe der nächsten Woche in der Lage sein, unsere Mitgliedsfirmen mit authentischem Material über die Durchführung der neuen Verordnungen zu versehen.

Wir möchten nicht verfehlen, bereits hinzuweisen, daß der sozialpolitische Ausschuß unseres Gesamtverbandes zu der Ansicht gekommen ist, daß man das Programm der Regierung in seiner Gesamtheit begrüßen und unterstützen sollte. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß durch einzelne Bestimmungen, soweit sie nicht inzwischen noch geändert oder durch Ausführungsanweisungen in bestimmte Richtung geleitet werden, erhebliche Mißstände eintreten können.

Der sozialpolitische Ausschuß hat aber einstimmig festgestellt, daß es inzwischen Pflicht des Gesamtverbandes und der Sektionen ist, auf die Mitglieder dahin einzuwirken, sich gegenüber dem Wirtschaftsprogramm der Regierung loyal zu verhalten, vorläufig aber im Hinblick auf die Ungeklärtheit der Bestimmungen Maßnahmen in den Betrieben noch nicht zu treffen, sondern die endgültige Schlußfassung unseres Gesamtverbandes abzuwarten.

Wir schließen uns diesem Wunsche des Gesamtverbandes im vollen Umfang an und bitten unsere Mitglieder noch bis zur Disposition auf Grund der obengenannten Verordnungen zu treffen, damit eine unnötige Beunruhigung der Belegschaften vermieden wird. Soweit solche Maßnahmen beabsichtigt sein sollten, bitten wir auf jeden Fall rechtzeitig vorher mit uns in Verbindung zu treten.

Hochachtungsvoll

gez.: Arbeitgeberverband der chemischen Industrie, Sektion Va, G. B.

Der Vorsitzende: S. Rehmann.

Das Chemiekapital Sachsens will also rücksichtslos zu Werke gehen. Jetzt, nachdem ja nun die Ausführungsbestimmungen zur Notverordnung alle noch vorhandenen Bedenken bei Papen zerstreut haben und begeisterte Zustimmungserklärungen [illegible] des Finanz- und Industriekapitals vorliegen, [illegible] unserer Seite das Blattes berichten, werden [illegible] mutigen der sächsischen Chemieindustrie [illegible], sondern gleich ihnen die Unternehmer [illegible]

Zum Beispiel, in dem Rundschreiben [illegible] gung" zu verwirklichen, hat jetzt auch [illegible] nung [illegible]. Damit [illegible] für [illegible]

Alle Werktätigen zur Massenkundgebung

morgen Sonntag, vormittags 10 Uhr, nach den Bismarcksälen, [illegible]

Genosse Schwenk spricht über das Thema: Kommunismus, der [illegible]